

## **Für mehr europäische Solidarität zur Bewältigung der Corona-Pandemie – und darüber hinaus**

Beschluss des Vorstandes vom 2. April 2020

1.

Die gesellschaftlichen, politischen – und auch europapolitischen – Auswirkungen der Corona-Krise sind gewaltig und werden höchstwahrscheinlich die Auswirkungen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 deutlich übertreffen. Krise bedeutet ja aber auch „Wendepunkt“. Seit vielen Jahren entwickelt sich Europa zunehmend zu einem auseinanderdriftenden, von nationalen Egoismen geprägten, Gebilde. Es muss alles Mögliche gemacht werden, damit die aktuelle Corona-Krise für Europa zu einem Wendepunkt für eine solidarische und soziale Europäische Union wird. Wann, wenn nicht jetzt brauchen wir europäische Solidarität?

2.

Die Grenzsicherungen, an denen sich Deutschland aus eines der ersten Länder beteiligt hat, haben fatale Folgen etwa für den freien Warenverkehr oder die Arbeitsmigration. Dies wirkt sich schon jetzt sehr negativ auf die gesundheitliche Versorgung und die Landwirtschaft aus. Freilich gibt es gute Beispiele, wie grenzüberschreitende Solidarität gelebt und praktisch umgesetzt werden kann, so etwa bei der Nutzung von Kapazitäten in Krankenhäusern. Es überwiegen jedoch nationale Lösungsansätze, auch wenn es doch absurd zu glauben ist, dass sich ein Virus oder eine Verbreitung desselben von einer geschlossenen Grenze abhalten lässt. Neben der faktischen Aufhebung einer der größten europäischen Errungenschaften, der Reise- und Bewegungsfreiheit, wird auch der freie Warenverkehr massiv eingeschränkt. Betroffen sind auch Berufspendler, der kleine Grenzverkehr und gemeinsame grenzüberschreitende Projekte, auch im Gesundheits- und sozialen Bereich.

3.

Ein Ausdruck der fehlenden europäischen Solidarität ist auch die Weigerung der Bundesregierung, sich an einer gemeinsamen europäischen Kraftanstrengung zur Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Krise zu beteiligen. Länder, wie Italien, Griechenland und Spanien, aber auch die EU-Mitgliedsstaaten in Mittel, Ost- und Südosteuropa werden allein gelassen.

4.

Nicht vergessen werden darf auch die unsägliche Situation der Menschen an den Grenzen der Union. Der Umgang der EU mit der Flüchtlingsfrage ist für die Menschen in den vollgestopften Flüchtlingslagern lebensgefährlich und wird übrigens auch negative Folgen für die griechische Bevölkerung nach sich ziehen.

5.

Eine solche Krise, die ja keine Grenzen kennt, erfordert jedoch ein Zusammenstehen aller Regierungen in Europa, aus der eine neue Solidarität erwachsen kann. Ein abgestimmtes Handeln auf europäischer Ebene hätte beispielsweise Grenzschießungen obsolet gemacht. Maßnahmen gegen die Corona-Krise dürfen nicht zu einer Einschränkung demokratischer Grundsätze führen oder diese zu rechtfertigen.

6.

Auch die Institutionen der Europäischen Union müssen sich kritisch mit ihrer Rolle und ihrem Beitrag zur Bewältigung der Krise auseinandersetzen. Sonst könnte leicht der Eindruck entstehen, dass nationale Maßnahmen erfolgreicher sind. Dies aber würde die europäische Einigung massiv – negativ – beeinträchtigen. Daher müssen zukünftig die Kompetenzen der EU bei der Bewältigung der Krisensituationen gestärkt werden. Wenn die Europäische Union für die Bürger einen Sinn ergeben soll, muss sie sich auch und gerade in solchen Situationen bewähren können!

7.

Dies alles kann nicht ohne eine starke europäische Zivilgesellschaft gelingen. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind aufgerufen, wo und wann nur möglich, im Sinne der europäischen Solidarität zu handeln, bis hinunter vor Ort. Ein soziales und solidarisches Europa wird ja nicht vom Himmel fallen. Auf geht's!

Birgit Eckhardt  
Vorsitzende des Vorstandes

EUROSOZIAL e. V., Paritätischer Verein für deutsch-polnische und europäische Zusammenarbeit  
Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband, Mitglied im Deutschen Verein für öffentliche und private Fürsorge, Mitglied im Netzwerk Europäische Bewegung Deutschland  
Geschäftsstelle: Marienbruchstr. 61-63, D-38226 Salzgitter  
Telefon +49.5341.179673, Mobil +49.171.1710762  
[www.eurosozial.eu](http://www.eurosozial.eu)  
[info@eurosozial.eu](mailto:info@eurosozial.eu)

Mitglieder des Vereins sind: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Bayern e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Berlin e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Brandenburg e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Hessen e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Mecklenburg-Vorpommern e.V., Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Nordrhein-Westfalen e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Rheinland-Pfalz/Saarland e.V., Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband - LV Schleswig-Holstein e.V., Der Paritätische Landesverband Thüringen e.V.; Fördermitglieder: Gemeinnützige Gesellschaft für Paritätische Sozialarbeit mbH Wilhelmshaven, Internationale Jugendgemeinschaftsdienste e. V., Ostfriesische Beschäftigungs- und Wohnstätten GmbH Emden

Sitz des Vereins (keine Postadresse): Gandhistr. 5a, D-30559 Hannover, Vereinsregister: Amtsgericht Hannover VR 8410

Vorstand nach § 26 BGB: Birgit Eckhardt (Vorsitzende), Andreas Kaczynski (Stellv. Vorsitzender), Dr. Ulrich Schneider (Stellv. Vorsitzender)

Geschäftsführer: Krzysztof Balon (besonderer Vertreter nach § 30 BGB)